



Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung • 11030 Berlin

Vorsitzenden des Ausschusses für
Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Herrn Winfried Herrmann MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Dr. Andreas Scheuer, MdB
Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundesminister für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung

HAUSANSCHRIFT
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

POSTANSCHRIFT
11030 Berlin

TEL +49 (0)30 18-300-2300
FAX +49 (0)30 18-300-2319

psts-s@bmvbs.bund.de
www.bmvbs.de

**Betreff: Bericht zur Verkehrsministerkonferenz der Länder
am 18./20. November 2009**


Aktenzeichen: A 10/3112.5/0
Datum: Berlin, *1. 12. 2009*
Seite 1 von 1

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, *lieber Winfried,*

beiliegend erhalten Sie den erbetenen Bericht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur Verkehrsministerkonferenz der Länder am 18./20. November 2009 für die Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung des Deutschen Bundestages am 2. Dezember 2009 zu Ihrer Information.

Für eine Weiterleitung des Berichts an die Mitglieder des Ausschusses durch Ihr Sekretariat wäre ich dankbar.

Mit freundlichen Grüßen


Dr. Andreas Scheuer

Anlagen



Bericht zur Verkehrsministerkonferenz der Länder (VMK) am 19./20. November 2009

Bei der Verkehrsministerkonferenz der Länder (VMK) am 19./20. November 2009 in Heidelberg waren fünf neue Landesverkehrsministerinnen und -minister sowie der neue Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer MdB zum ersten Mal Teilnehmer einer VMK. Die VMK steht derzeit (2009/10) unter dem Vorsitz des Freistaats Thüringen. Der Bund ist in der Person des Verkehrsministers als Gast Mitglied der VMK. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) ist nicht stimmberechtigt.

Am ersten Tag der Konferenz war das BMVBS durch Sts Prof. Scheurle vertreten, am abendlichen Kaminesgespräch und am zweiten Tag nahm BM Dr. Ramsauer teil. Die Sitzung fand in einer konstruktiven Atmosphäre statt. Die Beschlüsse wurden einvernehmlich beschlossen (siehe Anlage).

Im Mittelpunkt der VMK standen der Bericht von BM Dr. Ramsauer zur aktuellen verkehrspolitischen Lage, die Themen Elektromobilität, Lärmsanierung an hoch belasteten Straßen und Sicherheit im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).

Bericht des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur aktuellen verkehrspolitischen Lage und Verkehrspolitische Schwerpunkte der Bundesregierung in der 17. Legislaturperiode / Erwartungen und Forderungen der Länder:

Im Rahmen des Berichts zur aktuellen verkehrspolitischen Lage warb BM Dr. Ramsauer zu Beginn um eine gemeinsame Linie von Bund und Ländern und um eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. Schwerpunkte der Rede waren

- die Verkehrsinfrastruktur und deren Finanzierung,
- die Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen in der EU,
- der Logistikstandort Deutschland,
- nachhaltige Mobilität (insb. Elektromobilität und Lärmschutz) und
- der Luftverkehr.

Hinsichtlich der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung verwies BM Dr. Ramsauer darauf, dass 2009 und 2010 durch die zusätzlichen Mittel aus den Konjunkturpaketen jeweils ein außergewöhnlich hoher Investitionsetat zur Verfügung steht. Ab 2011 würden die Investitionen mit dem Auslaufen der Konjunkturpakete jedoch wieder deutlich absinken. Die Absicht des BMVBS sei deshalb, eine bedarfsgerechte Finanzierung für alle Teile des Landes umzusetzen sowie sich für eine Verstärkung des hohen Investitionsniveaus einzusetzen, insbesondere für die Zeit nach 2011. Dies wurde in der anschließenden Diskussion von Seiten der Landesverkehrsminister/-innen unterstützt.

In diesem Zusammenhang machte BM Dr. Ramsauer deutlich, dass die Pkw-Maut ausdrücklich nicht im Koalitionsvertrag steht. Das Thema wurde dennoch im Anschluss an das Statement von den Landesverkehrsministerinnen und -minister erörtert. Mittelpunkt war insbesondere die Frage nach einer nachhaltigen Finanzausstattung für die Verkehrsinfrastruktur in den nächsten Jahren.

BM Dr. Ramsauer berichtete weiterhin von der Klausurtagung auf Schloss Meseberg, bei der festgelegt worden sei, dass die Elektromobilität künftig einen höheren Stellenwert einnehmen solle. Innerhalb der Bundesregierung liege die Federführung gemeinsam beim BMVBS und beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi).

Bei der anschließenden VMK-Presskonferenz verwies BM Dr. Ramsauer ergänzend auf einen im Frühjahr 2010 stattfindenden Elektromobilitätsgipfel unter der Leitung von Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Elektromobilität

Die VMK, die sich erstmals mit dieser Thematik befasste, begrüßte die Aktivitäten des Bundes. Die Länder sind der Ansicht, dass die Forschung in diesem Bereich intensiv weitergeführt werden müsse und u. a. auch Anreize in Form von Benutzervorteilen gewährt werden sollten. Hierzu seien vor allem auch ordnungsrechtliche Fragen (z. B. Änderungen der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) und der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO) zu klären.

Die VMK bittet das BMVBS, zur Herbstsitzung 2010 zur weiteren Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung der verkehrlichen Fragen der Elektromobilität sowie deren europäischer Harmonisierungserfordernisse zu berichten.

Lärmsanierung an hoch belasteten Straßen

Die VMK begrüßte die Absicht des Bundes, die Auslösewerte für die Lärmsanierung um 3 dB (A) abzusenken. Bayern, Bremen, Hamburg und das Saarland regten dessen ungeachtet in einer Protokollerklärung eine Absenkung um 5 dB (A) an.

BMVBS verwies vor diesem Hintergrund auf die damit verbundene Finanzierungsaufgabe: Allein die Absenkung um 3 dB (A) würde beispielsweise an Bundesstraßen 1,5 Mrd. Euro kosten. Bei einer Absenkung um 5 dB (A) wären die finanziellen Auswirkungen – insbesondere an Straßen in der Baulast von Ländern und Kommunen – derzeit nicht überschaubar. Auf Wunsch einzelner Länder bat in diesem Zusammenhang die VMK die Gemeinsame Konferenz der Verkehrs- und Straßenbauabteilungsleiter (GKVS), zusammen mit dem Bund den Sachstand und die Möglichkeiten für die Erfassung und Bewertung der verkehrsträgerübergreifenden Lärmentstehung darzustellen. Darüber hinaus sollten die finanziellen Auswirkungen einer weiteren Verbesserung von Lärmschutzmaßnahmen an Verkehrswegen aufgezeigt werden.

Sicherheit im ÖPNV

Die Sicherheit im ÖPNV müsse nach einhelliger Auffassung der Länder verbessert werden. Aus diesem Grund sollten die eingesetzten Fahrzeuge sowie die Haltestellen verstärkt mit Sicherheitstechnik wie Systemen zur Videoüberwachung ausgerüstet sowie die Präsenz von Sicherheitskräften in öffentlichen Verkehrsmitteln erhöht werden. Dazu sei u. a. vorgesehen, uniformierten Polizeibeamten die kostenlose Nutzung des Nahverkehrs zu ermöglichen.

Die VMK war der Auffassung, dass die Verkehrsunternehmen und Infrastrukturbetreiber ihre Anstrengungen zur Verbesserung der sicherheitstechnischen Ausstattung der Fahrzeuge und Zugangsstellen fortsetzen und verstärken müssen.

Das BMVBS wurde gebeten, mit der Deutschen Bahn AG (DB AG) nach Wegen zu suchen, die Ausstattung von Bahnhöfen und ihren S-Bahnzügen mit Videoanlagen zu erweitern sowie die Präsenz von Sicherheitskräften zu verstärken. Eine Berichterstattung über erste Zwischenergebnisse ist für die Frühjahrskonferenz 2010 vorgesehen.

Die VMK bat weiterhin das Vorsitzland darum, den Beschluss der VMK der Ständigen

Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder zuzuleiten, sich des Themas Sicherheit im ÖPNV anzunehmen und gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden Empfehlungen zur weiteren Verbesserung von Prävention und Präsenz zu entwickeln.

Ergebnisse
der
Verkehrsministerkonferenz
am 19./20. November 2009
in Heidelberg

Vorsitz: **Minister Christian Carius (Thüringen)**

Teilnehmer: **siehe Anlage**

Tagesordnung

	Seite(n)
1. Begrüßung, Einleitung	1
2. Genehmigung der Tagesordnung, Blockabstimmung	3

3.	Allgemeine Verkehrsthemen	
3.1	Organisatorische Bündelung der deutschen Aktivitäten bei der "Galileo"-Anwendung.....	5
3.2	eGovernment / Deutschland-Online Handlungsfeld "Kfz-Wesen" (Online-Zulassung von Fahrzeugen) Bericht aus dem Lenkungsausschuss DOL "Kfz-Wesen"	7 - 8
3.3	Masterplan Güterverkehr und Logistik.....	9 - 10
3.4	Berichterstattung vom Weltverkehrsforum.....	11
3.5	Förderung der Verkehrstelematik im Rahmen des Programms für Transeuropäische Netze 2007 bis 2013.....	13 - 14
3.6	Elektromobilität.....	15 - 16
4.	Bahnpolitik / ÖPNV / SPNV	
4.1	Lärmschutz im Schienenverkehr.....	17 - 18
	i. V. m.	
4.2	Ermächtigungsgrundlage im Eisenbahnrecht der Länder für nachträgliche Anordnungen zum Schutz der Umwelt	19
4.3	Stand der Anpassung des nationalen Rechtsrahmens an die Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße.....	21

4.4	Transparente Darstellung der Verwendung der Regionalisierungsmittel	23
4.5	Revision der Regionalisierungsmittel	25 - 26
4.6	Sicherheit im Öffentlichen Personennahverkehr	27 - 28
5.	Verkehrspolitische Aussprache	
5.1	Bericht des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur aktuellen verkehrspolitischen Lage.....	29
5.2	Verkehrspolitische Schwerpunkte der Bundesregierung der 17. Legislaturperiode / Erwartungen und Forderungen der Länder.....	31
6	Straßenverkehr	
6.1	Lärmsanierung an hoch belasteten Straßen.....	33 - 34
6.2	Straßenverkehrszählung 2010	35
6.3	Marktüberwachung von harmonisierten Bauprodukten im Bereich Verkehrswegebau	37

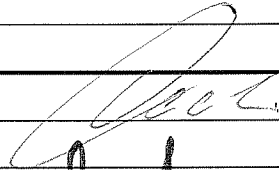
7	Reform des europäischen Finanzsystems	39
8	Luftverkehr	
8.1	Verbesserung der Rechte von Fluggästen bei Verspätungen.....	41
9	Verschiedenes	
9.1	Termine im Jahr 2010	43

Anwesenheitsliste

der
Verkehrsministerkonferenz am 19./20. November 2009
in Heidelberg


1. Länder		
Land	Amtsbezeichnung	Name
Baden-Württemberg	Min	HERBERT ZECH
	StA	Rudolf Köhler
	Minst.	Pötter
	Minst.	Kaiser
Bayern	StM	ZEIL 1/19
	StMin	HERRMANN
	Minst.	Widler
	Minst.	Hans Peter Götter
Berlin	Sen	2. Jans
	Stabt.	Dr. Friedemann Kunst
Brandenburg	M	Ort
	AL	

Land	Amtsbezeichnung	Name
Bremen	Senator	Reinhold Loske
	AL	Thomas Funderberg
Hamburg	Senat	Id. Kider
	Stadtrat	STERNAP HUGO WITFENS
	AL	Ulrich Kiedel
	AL	Dauer
Hessen	S+S	Sachsich, Stefan
	AL	B. Hof,
Mecklenburg-Vorpommern	M	J. W.
	AL	Schelling
Niedersachsen	S+S	Wesoh
	AL	Schmidt

Land	Amtsbezeichnung	Name
Nordrhein-Westfalen	Min	Lutz Lienerkämpfer
	M.Dgt.	Ekhart Maatz
	PDgt	Oliver Wolff
Rheinland-Pfalz	Min	Hendrik Kering
	AL	Lothar Kaufmann
Saarland	Min	Simone Peter
	MR	BECKER
Sachsen	Min	Sven Morlok
	AL	Rohde
Sachsen-Anhalt	Min.	
	AL	Juch
	PS	Kriebich

Land	Amtsbezeichnung	Name
Schleswig-Holstein	MDgt.	Meienberg
	M	M. J.
Thüringen	M Arzt	Christian Garius
		Janus
	MR	Michael Fl. Christian Oarnof

2. Bund			
Dienststelle	zu TOP	Amtsbezeichnung	Name
BMVBS		MR	Georg Schütz
BMVBS		VAL-AS	S. Gynas-Witt
BMVBS		MonDirig	M. Henning
BMVBS		MR AN	by
BMVBS		St	by
BMVBS		PR	Florian
BMVBS		AL 2	Kun
..		TM	Robert Zamschler
..		St	Manu
BMVBS		VAL-Komm	by
BMVBS		Pres Ref.	f. Heller

3. Gäste	
Herr Staatsrat Dr. Heller/HH Vorsitzender der Sts-Lenkungsgruppe Deutschland-Online	

TOP 1:

Begrüßung, Einleitung

Die Teilnehmer/-innen der Verkehrsministerkonferenz werden durch den Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg, Herrn Dr. Eckart Würzner, willkommen geheißen.

Der Vorsitzende begrüßt Frau Ministerin Jutta Lieske (Brandenburg) als Nachfolgerin von Herrn Minister a. D. Reinhold Dellmann, Frau Ministerin Dr. Simone Peter (Saarland) als Nachfolgerin von Herrn Minister a. D. Joachim Rippel, Herrn Staatsminister Sven Morlok (Sachsen) als Nachfolger von Herrn Minister a. D. Thomas Jurk im Kreis der Verkehrsministerkonferenz.

(Ende TOP)

TOP 2:

Genehmigung der Tagesordnung, Blockabstimmung

Die Verkehrsministerkonferenz genehmigt einstimmig die Tagesordnung.

Sie beschließt einstimmig, die folgenden Tagesordnungspunkte im Block abzustimmen:

- 3.1 Organisatorische Bündelung der deutschen Aktivitäten bei der "Galileo"-Anwendung
- 3.4 Berichterstattung vom Weltverkehrsforum
- 3.5 Förderung der Verkehrstelematik im Rahmen des Programms für Transeuropäische Netze 2007 bis 2013
- 4.3 Stand der Anpassung des nationalen Rechtsrahmens an die Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße
- 4.4 Transparente Darstellung der Verwendung der Regionalisierungsmittel
- 6.2 Straßenverkehrszählung 2010
- 7 Reform des europäischen Finanzsystems
- 8.1 Verbesserung der Rechte von Fluggästen bei Verspätungen

(Ende TOP)

TOP 3.1:

Zustimmung im Block

Organisatorische Bündelung der deutschen Aktivitäten bei der "Galileo"-Anwendung

Die Verkehrsministerkonferenz fasst einstimmig **ohne Aussprache** nachfolgenden Beschluss:

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) zur Kenntnis.
2. Die Verkehrsministerkonferenz bittet das BMVBS, zur Herbstsitzung 2010 erneut über den aktuellen Sachstand zu berichten.

(Ende TOP)

TOP 3.2:

eGovernment / Deutschland-Online
Handlungsfeld "Kfz-Wesen" (Online-Zulassung von Fahrzeugen)
Bericht aus dem Lenkungsausschuss DOL "Kfz-Wesen"

Die Verkehrsministerkonferenz fasst einstimmig nachfolgenden Beschluss:

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Bericht zum Sachstand des Vorhabens einschließlich der Pilotprojekte zur Kenntnis.
2. Die Verkehrsministerkonferenz bedankt sich bei den Pilotländern und Pilotregionen für deren Bereitschaft, den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik im Kfz-Zulassungsverfahren zu erproben ("Stufe 1").
3. Die Verkehrsministerkonferenz begrüßt die Bereitschaft des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), den Lenkungsausschuss DOL "Kfz-Wesen" mit der für die Durchführung der Piloten erforderlichen Ausnahmereordnung zu unterstützen.
4. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den vorgelegten Zwischenstand der gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Kenntnis. Sie bedankt sich bei der Arbeitsgruppe für ihr Engagement und die bislang erreichten Ergebnisse und bittet sie, unter der Leitung der Federführerin des Deutschland-Online-Vorhabens "Kfz-Wesen" ihre Prüfungen nach Maßgabe von Ziffer 6 des Beschlusses zu TOP 4.5 der Verkehrsministerkonferenz am 22./23. April 2009 und auf Grundlage des vorgelegten Zwischenstands mit dem Ziel fortzuführen, vorzugswürdige Lösungen zu bestimmen, jedenfalls aber die als verfolgungswürdig erkannten Lösungen vertieft zu prüfen, um genaueren Aussagen zu deren Vor- und Nachteilen zu treffen. Die Ergebnisse sollen der Verkehrsministerkonferenz zu deren Frühjahrssitzung 2010 vorgelegt werden.

5. Die Verkehrsministerkonferenz bittet die Länder, bis zu ihrer nächsten Sitzung zu prüfen, inwieweit die Finanzierung des Projekts XKfz Standard, wie im Finanzierungsvorschlag im Bericht der Federführerin vorgeschlagen, in Teilen von Bund und Ländern sichergestellt werden kann.

(Ende TOP)

TOP 3.3:

Masterplan Güterverkehr und Logistik

Die Verkehrsministerkonferenz fasst einstimmig nachfolgenden Beschluss:

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) zur Umsetzung des Masterplans Güterverkehr und Logistik zur Kenntnis.
2. Die Verkehrsministerkonferenz bittet das BMVBS, die Länder einmal jährlich im Rahmen ihrer Herbstkonferenz über den Stand der Planung und der Umsetzung der Vorhaben des Masterplans zu unterrichten. Das BMVBS wird weiterhin gebeten, bis zur Frühjahrskonferenz 2010 die aus seiner Sicht prioritären Maßnahmen zu benennen. Sie ist im Übrigen der Auffassung, dass die Einbindung der Länder im Rahmen der vorhandenen Bund-Länderfachgremien zwischenzeitlich gewährleistet ist und weiter fortgesetzt werden sollte.
3. Die Länder unterstützen das BMVBS bei der Umsetzung der Investitionsschwerpunkte des Masterplans durch eine zügige Vorbereitung der erforderlichen Planungs- und Genehmigungsverfahren. Im Rahmen der Berichterstattung des BMVBS soll über den erreichten Projektstand der Vorhaben informiert werden.
4. Die Verkehrsministerkonferenz bittet das BMVBS, für Planungssicherheit zu sorgen und die dringlichsten Vorhaben des Masterplans finanziell auskömmlich auszustatten, damit sie zügig realisiert werden können. In diesem Zusammenhang wird angeregt, die Vorhaben des Masterplans - sofern es sich um Maßnahmen der Bedarfsplanung handelt - bei der aktuellen

Überprüfung besonders zu kennzeichnen und bei einer künftigen Fortschreibung mit entsprechendem Gewicht zu berücksichtigen.

5. Die Länder weisen darauf hin, dass die Ziele des Masterplans nur dann gemeinsam umgesetzt werden können, wenn die mittelfristige Finanzplanung der Bundesregierung korrigiert und das mit den Konjunkturpaketen I und II erreichte Investitionsniveau auch nach 2011 beibehalten wird. Sie fordern das BMVBS auf, hierfür rechtzeitig Vorsorge zu treffen.

(Ende TOP)

TOP 3.4:

Zustimmung im Block

Berichterstattung vom Weltverkehrsforum

Die Verkehrsministerkonferenz fasst einstimmig **ohne Aussprache** nachfolgenden Beschluss:

Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vom Weltverkehrsforum zur Kenntnis.

(Ende TOP)

TOP 3.5:

Zustimmung im Block

Förderung der Verkehrstelematik im Rahmen des Programms für Transeuropäische Netze 2007 bis 2013

Die Verkehrsministerkonferenz fasst einstimmig **ohne Aussprache** nachfolgenden Beschluss:

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundes und des Landes Rheinland-Pfalz zur Kenntnis. Sie begrüßt die Fortführung des Projekts EasyWay im Einvernehmen zwischen Bund und Ländern. Sie stellt fest, dass vor dem Hintergrund des IVS-Aktionsplans der Kommission die fachliche Beteiligung der Länder wie die des Bundes von erheblicher Bedeutung für die zukünftige Gestaltung moderner Verkehrsmanagement- und -Informationssysteme in Europa und in Deutschland ist.
2. Die Verkehrsministerkonferenz bittet den Bund, sich in den Beratungen auf europäischer Ebene für die Fortführung von EasyWay einzusetzen. Sie bittet den Bund weiter, die bislang praktizierte Aufteilung der Fördermittel zwischen Bund und Ländern im Sinne einer sachgerechten Lösung, eines angemessenen Verwaltungsaufwands und größtmöglicher Planungssicherheit fortzusetzen.
3. Die Verkehrsministerkonferenz fordert den Bund auf, die fachliche Begleitung von EasyWay, insbesondere durch die Bundesanstalt für Straßenwesen, sicherzustellen, um gemeinsam mit den Ländern die Deutschen Interessen bei der weiteren Entwicklung, Einführung, Harmonisierung und Standardisierung intelligenter Straßenverkehrssysteme wirkungsvoll vertreten zu können.

4. Die Verkehrsministerkonferenz bittet den Bund gemeinsam mit dem als Koordinator tätigen Land um einen Bericht zur Umsetzung von EasyWay zum Frühjahr 2011.

(Ende TOP)

TOP 3.6:

Elektromobilität

Die Verkehrsministerkonferenz fasst einstimmig nachfolgenden Beschluss:

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Bericht des Arbeitskreises "Verkehrsträgerübergreifende und EU-Angelegenheiten" der GKVS zur Kenntnis.
2. Die Verkehrsministerkonferenz weist auf die Bedeutung der Elektromobilität für künftige Mobilitätskonzepte insbesondere in Ballungsräumen hin und bittet die Bundesregierung, die nationale Kraftstoffstrategie fortzuschreiben und hierin die Elektromobilität angemessen zu berücksichtigen.
3. Die Verkehrsministerkonferenz ist überzeugt, dass die Elektromobilität in ihren unterschiedlichsten Ausprägungen an Bedeutung gewinnen wird und längerfristig einen Beitrag zu den Zielen Energieträgerdiversifizierung, Schadstoffreduzierung und Lärminderung leisten kann.
4. Die Verkehrsministerkonferenz ist sich bewusst, dass bei längerfristig steigendem Strombedarf infolge einer wachsenden Anzahl von Elektrofahrzeugen grundsätzliche Fragen der Energiepolitik, des Klimaschutzes und damit insbesondere der Rolle regenerativer Energieträger sowie Nutzungskonkurrenzen berührt werden.
5. Die Verkehrsministerkonferenz ist der Auffassung, dass parallel zur Weiterentwicklung der Elektromobilität unverminderte Anstrengungen zur weiteren Effizienzsteigerung konventioneller Fahrzeugantriebe, ggf. auch mit Hybrid-Konzepten, notwendig sind.

6. Die Verkehrsministerkonferenz begrüßt die umfassenden Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten sowie Marktvorbereitungsprogramme des Bundes und der Länder sowie der Industrie zur Förderung der Elektromobilität.
7. Die Verkehrsministerkonferenz geht davon aus, dass die Fahrzeugkonzepte in Zukunft eine stärkere Differenzierung und Spezialisierung nach unterschiedlichen Einsatzzwecken erfahren werden.
8. Die Verkehrsministerkonferenz ist der Ansicht, dass zur Förderung der Elektromobilität neben weiteren Anstrengungen im Bereich Forschung und Infrastrukturbereitstellung auch Anreize in Form von Benutzervorteilen gewährt werden sollten. Hierzu sind vor allem auch ordnungsrechtliche Fragen (wie z. B. Änderungen der StVO und StVZO) zu klären.
9. Die Verkehrsministerkonferenz hält es für erforderlich, den Aspekt der Intermodalität der Verkehrsträger im Zusammenhang mit der Elektromobilität herauszuarbeiten und Elektromobilität so zu entwickeln, dass sie die Ziele nachhaltiger Verkehrsentwicklung auch unterstützt.
10. Die Verkehrsministerkonferenz bittet das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, unter Einbindung der Länder zur Herbstsitzung 2010 zur weiteren Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung der verkehrlichen Fragen der Elektromobilität sowie deren europäischer Harmonisierungserfordernisse zu berichten.

(Ende TOP)

TOP 4.1:

Lärmschutz im Schienenverkehr

i. V. m.

TOP 4.2:

Ermächtigungsgrundlage im Eisenbahnrecht der Länder für nachträgliche Anordnungen zum Schutz der Umwelt

Die Verkehrsministerkonferenz fasst einstimmig nachfolgenden Beschluss:

1. Die Verkehrsministerkonferenz begrüßt die Ankündigung des Bundes, im nationalen Verkehrslärmschutzpaket II den Schienenlärm bis zum Jahr 2020 um 50 Prozent zu reduzieren und dabei bis zum Jahr 2013 ein lärmabhängiges Trassenpreissystem für Güterzüge einzuführen. Sie verweist insoweit auf ihre mehrfachen Beschlüsse zum Schienenlärm, zuletzt am 22./23. April 2009.
2. Die Verkehrsministerkonferenz begrüßt, dass die Kommission das Förderprogramm des Bundes zur Umrüstung von Bestandswagen auf lärmarme Bremssohlen nunmehr genehmigt hat. Sie fordert die Bundesregierung auf, die erforderlichen Schritte für eine Umrüstung der ersten 5000 Güterwagen nunmehr unverzüglich einzuleiten.
3. Die Verkehrsministerkonferenz bittet den Bund, darauf hinzuwirken, dass die erforderlichen Genehmigungsverfahren für die Zulassung der kostengünstigen LL-Sohle und für die Konstruktion niedriger Lärmschutzwände und anderer technischer Einrichtungen zur Lärmreduzierung beim Eisenbahn-Bundesamt mit hoher Priorität und rasch vorangebracht werden.

4. Die Verkehrsministerkonferenz fordert den Bund erneut auf, gegenüber der Kommission bzw. der DG TREN und der Europäischen Eisenbahnagentur ERA darauf hinzuwirken, dass die Einführung von Lärmgrenzwerten für Bestandsfahrzeuge in der TSI-Lärm auf die Tagesordnung der nächsten Revision der TSI-Lärm (Punkt 7.2 des Anhangs der TSI-Lärm) gesetzt wird. Sie nimmt insofern auf Ziffer 3 ihres Beschlusses vom 22./23. April 2009 Bezug.
5. Die Verkehrsministerkonferenz teilt die Auffassung der Umweltministerkonferenz, dass insbesondere beim Lärmschutz im Schienenbereich weitere Fortschritte notwendig sind. Sie weist jedoch darauf hin, dass aufgrund umfassender bundesrechtlicher Regelungen für eisenbahnrechtliche Regelungen der Länder nur wenig Spielraum besteht. Zudem würden diese Rechtsvorschriften nicht bei Eisenbahnen des Bundes Geltung erlangen, in deren Bereich jedoch die überwiegenden Probleme auftreten. Sie bittet den Bund zu prüfen, ob und wie diesem Anliegen durch bundesgesetzliche Regelungen im Immissionsschutzrecht entsprochen werden kann.

(Ende TOP)

TOP 4.2:

Ermächtigungsgrundlage im Eisenbahnrecht der Länder für nachträgliche Anordnungen zum Schutz der Umwelt

i. V. m.

TOP 4.1:

Lärmschutz im Schienenverkehr

Der Tagesordnungspunkt ist in Verbindung mit Tagesordnungspunkt 4.1 behandelt worden (siehe Seite 17f.).

(Ende TOP)

TOP 4.3:

Zustimmung im Block

Stand der Anpassung des nationalen Rechtsrahmens an die Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße

Die Verkehrsministerkonferenz fasst einstimmig **ohne Aussprache** nachfolgenden Beschluss:

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Bericht des Arbeitskreises "Öffentlicher Personenverkehr" zur Kenntnis.
2. Sie empfiehlt den Obersten Verkehrsbehörden der Länder, die Grundpositionen der Länder zur Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 und zur Genehmigung von Verkehrsdienstleistungen im öffentlichen Personennahverkehr auf der Straße bis zu einer möglichen Novellierung des Personenbeförderungsrechts zu berücksichtigen und den Aufgabenträgern zur Unterrichtung zuzuleiten.

(Ende TOP)

TOP 4.4:

Zustimmung im Block

Transparente Darstellung der Verwendung der Regionalisierungsmittel

Die Verkehrsministerkonferenz fasst einstimmig **ohne Aussprache** nachfolgenden Beschluss:

1. Die Verkehrsministerkonferenz verweist auf Ihren Beschluss vom 22./23. April 2009 zur transparenten Darstellung der Verwendung der Regionalisierungsmittel.
2. Sie nimmt die Bitte des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) zur Kenntnis, den Nachweis über die Verwendung der Regionalisierungsmittel bereits für das Jahr 2008 zu führen und stimmt dem trotz des damit verbundenen verwaltungsmäßigen Mehraufwands zu.
3. Für einen nachträglichen Nachweis über die Verwendung der Regionalisierungsmittel in den Jahren 2003 bis 2005 sieht die Verkehrsministerkonferenz keine rechtliche Grundlage.
4. Dessen ungeachtet weist die Verkehrsministerkonferenz darauf hin, dass die Länder bereits im Jahr 2006 auf freiwilliger Basis gegenüber dem BMVBS Transparenz über die Mittelverwendung in den Jahren 2002 bis 2005 sowie die Planungen zur Verwendung der Mittel in den Jahren 2006 bis 2010 hergestellt haben.

(Ende TOP)

TOP 4.5:

Revision der Regionalisierungsmittel

Die Verkehrsministerkonferenz fasst einstimmig nachfolgenden Beschluss:

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Bericht des Vorsitzenden des Arbeitskreises "Bahnpolitik" zu der für das Jahr 2014 anstehenden Revision der Regionalisierungsmittel zur Kenntnis.
2. Die Verkehrsministerkonferenz sieht in einer angemessenen Finanzausstattung eine unabdingbare Voraussetzung dafür, dass die Länder den ihnen im Zuge der Regionalisierung des Schienenpersonennahverkehrs übertragenen Aufgaben gerecht werden können. Sie verweist darauf, dass angesichts der Entwicklung der Trassen- und Stationspreise, der Energie-, der Fahrzeugpreise sowie der Personalkosten bei der Finanzierung der aktuellen Leistungsbestellungen bereits heute deutliche Finanzierungseingpässe bestehen. Einer angemessenen Finanzausstattung mit Regionalisierungsmitteln ab 2015, die sowohl dieser zwischenzeitlichen Entwicklung Rechnung trägt als auch den wachsenden Anforderungen des Klimaschutzes gerecht wird, kommt deshalb für die Zukunftsfähigkeit des ÖPNV in Deutschland eine entscheidende Bedeutung zu.
3. Die Verkehrsministerkonferenz beauftragt vor diesem Hintergrund die GKVS und den Arbeitskreis "Bahnpolitik" (federführend), alle erforderlichen Arbeiten zur Vorbereitung für die Revision der Regionalisierungsmittel so zeitgerecht durchzuführen, dass die notwendigen Verfahren zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes rechtzeitig eingeleitet werden

können.¹ Die Verkehrsministerkonferenz bittet, die Methodik und Ergebnisse der Untersuchungen zur Ermittlung des Bedarfs an Regionalisierungsmitteln mit dem Arbeitskreis "Öffentlicher Personenverkehr" und dem Bund abzustimmen.

4. Sie bittet die GKVS und den Arbeitskreis "Bahnpolitik", spätestens in der Herbstsitzung 2010 einen ersten Zwischenbericht über den Stand der Arbeiten zur Revision der Regionalisierungsmittel vorzulegen.

(Ende TOP)

¹Über die Organisation entscheidet der Arbeitskreis "Bahnpolitik".

TOP 4.6:

Sicherheit im Öffentlichen Personennahverkehr

Die Verkehrsministerkonferenz fasst einstimmig nachfolgenden Beschluss:

1. Die Verkehrsministerkonferenz zeigt sich besorgt über die jüngsten Gewalttaten in Einrichtungen des Öffentlichen Personennahverkehrs und verweist auf die besondere Bedeutung der Sicherheit für die Akzeptanz und Attraktivität des Öffentlichen Personennahverkehrs. Nach gemeinsamer Überzeugung der Verkehrsminister bedarf die Aufrechterhaltung eines hohen Sicherheitsniveaus der Partnerschaft von Infrastrukturbetreibern, Verkehrsunternehmen, Behörden und Bürgern.
2. Die Verkehrsministerkonferenz ist der Auffassung, dass die Verkehrsunternehmen und Infrastrukturbetreiber ihre Anstrengungen zur Verbesserung der sicherheitstechnischen Ausstattung der Fahrzeuge und Zugangsstellen fortsetzen und verstärken müssen.
3. Sie bittet den Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, gemeinsam mit der Deutschen Bahn AG nach Wegen zu suchen, die Ausstattung von Bahnhöfen und ihren S-Bahnzügen mit Videoanlagen zu erweitern sowie die Präsenz von Sicherheitskräften zu verstärken. Er wird gebeten, entsprechende Gespräche fortzuführen und in der Frühjahrskonferenz 2010 über erste Zwischenergebnisse zu berichten.
4. Die Verkehrsministerkonferenz bittet ihren Vorsitzenden, den Beschluss der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder mit der Bitte zuzuleiten, sich des Themas Sicherheit im Öffentlichen Personennahverkehr anzunehmen und gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden Empfehlungen zur weiteren Verbesserung von Prävention und

Präsenz zu entwickeln. Als eine geeignete Maßnahme zur Präsenzerhöhung in öffentlichen Verkehrsmitteln sieht die Verkehrsministerkonferenz die kostenfreie Nutzung durch uniformierte Polizeibeamte an.

(Ende TOP)

TOP 5.1:

Bericht des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
zur aktuellen verkehrspolitischen Lage

Der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Herr Dr. Peter
Ramsauer, erstattet den Bericht zur aktuellen verkehrspolitischen Lage.

(Ende TOP)

TOP 5.2:

Verkehrspolitische Schwerpunkte der Bundesregierung der 17. Legislaturperiode / Erwartungen und Forderungen der Länder

Es findet eine Aussprache statt.

Beschlüsse werden nicht gefasst.

(Ende TOP)

TOP 6.1:

Lärmsanierung an hoch belasteten Straßen

I.

Die Verkehrsministerkonferenz fasst mit den unten angegebenen Abstimmungsergebnissen nachfolgenden Beschluss:

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Zwischenbericht des Arbeitskreises "Straßenbaupolitik" zur Kenntnis.
2. Die Verkehrsministerkonferenz begrüßt die Absicht des Bundes, die Auslösewerte für die Lärmsanierung an Bundesstraßen abzusenken.
3. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Wunsch der Umweltministerkonferenz zur Verwendung von Lkw-Mauteinnahmen für Lärmsanierungsmaßnahmen zur Kenntnis. Sie spricht sich für die Beibehaltung der bestehenden Rechtslage aus, wonach die Mauteinnahmen in vollem Umfang zweckgebunden für die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, überwiegend für den Bundesfernstraßenbau, verwendet werden.
4. Die Verkehrsministerkonferenz bittet die GKVS, zusammen mit dem Bund Sachstand und Möglichkeiten für die Erfassung und Bewertung der verkehrsträgerübergreifenden Lärmentstehung darzustellen. Darüber hinaus sollen die finanziellen Auswirkungen einer weiteren Verbesserung von Lärmschutzmaßnahmen an Verkehrswegen aufgezeigt werden.

5. Die Verkehrsministerkonferenz bittet ihren Vorsitzenden, diesen Beschluss der Umweltministerkonferenz zuzuleiten.

Zu Ziffer 3 Satz 2: 13 : 0 : 3

Im Übrigen: 16 : 0

II.

Protokollerklärung der Länder Bayern, Bremen, Hamburg und Saarland

Die Länder regen an, eine Absenkung um 5 dB(A) - statt der vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung angestrebten 3 dB(A) - vorzunehmen und damit nicht bis zum Haushalt 2011 zu warten.

(Ende TOP)

TOP 6.2:

Zustimmung im Block

Straßenverkehrszählung 2010

Die Verkehrsministerkonferenz fasst einstimmig **ohne Aussprache** nachfolgenden Beschluss:

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Beschluss der 72. Umweltministerkonferenz am 26. Juni 2009 in Nonnweiler-Otzenhausen zur Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie zur Kenntnis.
2. Die Verkehrsministerkonferenz unterstützt das Anliegen der Umweltministerkonferenz, die geplante Straßenverkehrszählung zügig durchzuführen, damit bereits im Jahr 2011 belastbare Daten zu den Verkehrsstärken auf Bundesfernstraßen zur Verfügung stehen. Die Länder werden die Arbeiten im Rahmen ihrer Zuständigkeit aktiv unterstützen.
3. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung wird gebeten, im Rahmen der Verkehrsministerkonferenz über den Stand der Arbeiten und die Ergebnisse zu berichten.
4. Die Verkehrsministerkonferenz bittet ihren Vorsitzenden, den Vorsitzenden der Umweltministerkonferenz über diesen Beschluss zu unterrichten.

(Ende TOP)

TOP 6.3:

Marktüberwachung von harmonisierten Bauprodukten im Bereich Verkehrswegebau

Die Verkehrsministerkonferenz fasst einstimmig nachfolgenden Beschluss:

Die Verkehrsministerkonferenz bittet das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, die Bund-Länder Dienstbesprechung Straßenbautechnik mit der Prüfung zu beauftragen, ob das von der Bauministerkonferenz beschlossene Organisationsmodell für die Marktüberwachung auch zur Marktüberwachung von harmonisierten Bauprodukten des Verkehrswegebaus geeignet ist. Dabei soll auch der Frage nachgegangen werden, welche gesetzlichen Regelungen in den Ländern gegebenenfalls analog beziehungsweise alternativ zu treffen wären und die Höhe der Kosten abzuschätzen, die mit der Organisation der Marktüberwachung über harmonisierte Bauprodukte des Verkehrswegebaus verbunden sind.

In der Frühjahrssitzung 2010 soll über den Sachstand berichtet werden.

(Ende TOP)

TOP 7:

Zustimmung im Block

Reform des europäischen Finanzsystems

Die Verkehrsministerkonferenz fasst einstimmig **ohne Aussprache** nachfolgenden Beschluss:

Die Verkehrsministerkonferenz beauftragt den Arbeitskreis "Verkehrsträgerübergreifende und EU-Angelegenheiten", zu dem für Anfang Dezember 2009 erwarteten Bericht der Kommission zur EU-Finanzreform Stellung zu nehmen und seine Stellungnahme der Verkehrsministerkonferenz zur Beschlussfassung vorzulegen.

(Ende TOP)

TOP 8.1:

Zustimmung im Block

Verbesserung der Rechte von Fluggästen bei Verspätungen

Die Verkehrsministerkonferenz fasst einstimmig **ohne Aussprache** nachfolgenden Beschluss:

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt das Anliegen der Verbraucherschutzministerkonferenz zur Kenntnis. Sie ist sich der grundsätzlichen Bedeutung des Verbraucherschutzes auch im Luftverkehr bewusst und weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Verordnung (EG) Nr. 261/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Februar 2004 über eine gemeinsame Regelung für Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen für Fluggäste im Fall der Nichtbeförderung und bei Annullierung oder großer Verspätung von Flügen in den Fällen der Nichtbeförderung und Annullierung u. a. einen pauschalen Ausgleichsanspruch und bei Verspätungen von mehreren Stunden Betreuungsleistungen vorsieht.
2. Die Verkehrsministerkonferenz beauftragt den Arbeitskreis "Verkehrsträgerübergreifende und EU-Angelegenheiten", bis zu ihrer Sitzung am 6./7. Oktober 2010 zu prüfen, ob über die bestehenden Regelungen der Verordnung (EG) Nr. 261/2004 hinaus weitergehende Regelungen erforderlich sind, wenn ja, wie diese Regelungen ausgestaltet werden könnten und welche Konsequenzen sich für die Fluggäste und Fluggesellschaften hieraus ergeben würden.
3. Die Verkehrsministerkonferenz bittet ihren Vorsitzenden, diesen Beschluss der Verbraucherschutzministerkonferenz zuzuleiten.

(Ende TOP)

